



Rösler begrüßt Beschleunigung des Netzausbaus

Rösler begrüßt Beschleunigung des Netzausbaus

Der Bundesrat hat heute das Zweite Gesetz über Maßnahmen zur Beschleunigung des Netzausbaus Elektrizitätsnetze, dessen Kernstück das Bundesbedarfsplangesetz ist, sowie die Planfeststellungszuweisungsverordnung gebilligt. Damit treten diese beiden für die Beschleunigung des Netzausbaus wegweisenden Vorhaben in Kürze in Kraft.
Der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Dr. Philipp Rösler: "Es ist ein großer Erfolg, dass die seitens der Bundesregierung angestoßenen Maßnahmen zur Beschleunigung des Netzausbaus noch vor der Sommerpause verabschiedet werden konnten. Ein schneller Ausbau unserer Netze ist sehr wichtig für eine erfolgreiche Energiewende in Deutschland. Das Mammutprojekt Energiewende kann nur gelingen, wenn Bund und Länder zusammenarbeiten, gerade auch beim Netzausbau. Deshalb möchte mich ausdrücklich bei den Ländern für ihre konstruktive Zusammenarbeit mit uns bedanken. Jetzt können wir den Bau der vorgesehenen Stromleitungen zügig vorantreiben. Auf Basis der nun beschlossenen Maßnahmen können die nötigen Planungs- und Genehmigungsverfahren deutlich rascher, mit höherer Transparenz und weniger Aufwand durchgeführt werden als bislang. Das ist ein großer gemeinsamer Erfolg für Bund und Länder."
Im Bundesbedarfsplangesetz werden für 36 Netzausbauvorhaben die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf gesetzlich festgeschrieben. Mit Inkrafttreten der Planfeststellungszuweisungsverordnung erhält die Bundesnetzagentur die Aufgabe zur Durchführung der sich an die Trassenplanung anschließenden Planfeststellungsverfahren.

Für Rückfragen zu Pressemitteilungen, Reden und Statements wenden Sie sich bitte an:
Pressestelle des BMWi
Telefon: 03018-615-6121 oder -6131
E-Mail: pressestelle@bmwi.bund.de

Pressekontakt

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi)

11019 Berlin

pressestelle@bmwi.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi)

11019 Berlin

pressestelle@bmwi.bund.de

Nach der Bundestagswahl im September 2005 wurden die Arbeitsbereiche des bisherigen Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit in zwei neue Ministerien eingegliedert. Das neue Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie wird von Michael Glos geleitet. Zentrales Anliegen der Politik des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) ist es, das Fundament für wirtschaftlichen Wohlstand in Deutschland mit breiter Teilhabe aller Bürger sowie für ein modernes System der Wirtschaftsbeziehungen zu legen. Zum Geschäftsbereich des BMWi gehören 7 Behörden: Bundeskartellamt Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen Bundesagentur für Außenwirtschaft Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung Physikalisch-Technische Bundesanstalt Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe